

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
I. Einleitung	19
II. Die Befugnisse Europol's und die Organisation der polizeilichen Zusammenarbeit im Rahmen der EPK	23
A. Der Status Europol's	25
1. Begründungsansätze für die Ausgestaltung des europäischen Polizeiamtes als Rechtsperson	26
2. Rechtsfolge der rechtlichen Verselbständigung Europol's: Immunität	28
B. Struktur des europäischen Polizeiamtes	31
1. Verwaltungsrat	32
2. Direktor	32
3. Finanzkontrolleur und Haushaltsausschuss, gemeinsamer Prüfungsausschuss	33
4. Gemeinsame Kontrollinstanz	33
5. Rat der Europäischen Union	34
C. Zusammenarbeit des europäischen Polizeiamtes mit nationalen Stellen und seine Beziehung zu Dritten	34
1. Nationale Stellen	35
a) Kommunikationsfluss zwischen Europol und nationalen Stellen	36
b) Weisungsrecht des Direktors gegenüber Verbindungsbeamten	37
2. Beziehungen zu Dritten	38
a) Entgegennahme der von Dritten gelieferten Informationen	39
b) Datenübermittlung an Dritte	40
(1) Verbindungen zu Stellen der Europäischen Union	41
(2) Beziehungen zu Drittstaaten und Drittstellen	41
(3) Externe Beziehungen Europol's zu Drittstaaten und zu Nicht-EU-Stellen	42

D. Inhalt des Europolgesetzes	42
1. Zuständigkeiten nach dem Europolgesetz und Datennutzung	42
2. Haftung sowie Strafbarkeit und Immunität der Europolbediensteten nach § 8 EuropolG	44
E. Zielsetzung und Aufgabenbeschreibung	45
1. Ergänzung der Vertragsziele durch den Anhang betreffend Artikel 2	46
a) Schwerwiegende Formen der internationalen Krimina- lität	46
b) Legaldefinitionen zu einzelnen Erscheinungsformen der internationalen Kriminalität	47
2. Verschränkungen der Zielsetzung und Aufgabenbeschrei- bung mit den Befugnisnormen	48
F. Dateienordnung / Kompetenzen	52
1. Informationssystem	52
2. Arbeitsdateien zu Analysezwecken	54
a) Kompetenzen Euopols im Hinblick auf die Errichtung und Nutzung der Arbeitsdateien zu Analysezwecken	54
(1) Betroffener Personenkreis	57
(2) Umfang der zu speichernden Daten	60
b) Verfahren der Zusammenarbeit	62
3. Indexsystem	63
G. Zusammenfassung	63
III. Verhältnis des Vertrags über die Europäische Union zum Europol- Übereinkommen	65
A. Unionsvertrag als verbindlicher Rahmen für die Zusammen- arbeit in den Bereichen Inneres und Justiz	66
1. Formellrechtliche Betrachtungsweise: Das Europol- Übereinkommen als herkömmlicher völkerrechtlicher Vertrag?	67
2. Materiellrechtliche Bindungswirkung des Vertrags über die Europäische Union für das Europol-Übereinkommen	68
a) Vertrag über die Europäische Union in der Maastrichter Fassung	69
(1) Aufgaben der Kohärenz und der Solidarität	69
(2) Geltungsvorrang des Unionsprimärrechts gegenüber dem Europol-Übereinkommen auf Grund Art. N des Unionsvertrages	71

(3) Begründung einer Vorrangwirkung des Vertrags über die Europäische Union gegenüber dem Europol-Übereinkommen durch Vergleich mit anderen Institutionen der Straftatenbekämpfung	73
b) Vertrag über die Europäische Union in der Amsterdamer Fassung	76
(1) Gebote der Kohärenz und der Solidarität	76
(2) Institutionelle und rechtliche Verschränkungen mit dem Europol-Übereinkommen	77
B. Folgerungen und Folgen einer Rechtsunion	78
1. Erste Folgerung: Vorrang des Unionsrechts vor dem einfachen nationalen Recht	78
2. Folgeproblem: Reduzierte Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofes als Hemmschuh einer einheitlichen Auslegung des Unionsvertrages (Art. I EUV / Art. 35 EU)	79
a) Einheitliche Auslegung des Unionsvertrages? Das Problem der Einbeziehung nicht unmittelbar am Vorabentscheidungsverfahren beteiligter Mitgliedstaaten	82
(1) Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes mit Bezügen zur »Dritten Säule« des EUV	82
(2) Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes zur Arbeitnehmerfreizügigkeit	84
(3) Übertragbarkeit der gemeinschaftsrechtlichen Rechtsprechung zu gemeinschaftsrechtlichen Prinzipien auf das sekundäre Unionsrecht des Titels VI EU(V)	85
(a) Rezeption von Rechtsprechungsrecht bei Übernahme von Zitaten in den Unionsvertrag	87
(b) Nationalstaatliche Berücksichtigung der Auslegung der EMRK durch den EGMR: Ein Modell für eine Rezeption des Rechtsprechungsrechts des EuGH?	88
b) Keine einheitliche Auslegung der EPK	90
c) Einheit der unionsrechtlichen Rechtsordnung und Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten: Ein europäisches Paradoxon	91
3. Zweite Folgerung: Bindungswirkung des Amsterdamer Vertrages über die Europäische Union für das Europol-Übereinkommen	91
C. Übereinstimmung des Europol-Übereinkommens mit den formellen Anforderungen des Unionsvertrages	92

1. Vernachlässigung der unionsvertraglichen Verfahrensvorgaben bei der Entstehung des europäischen Polizeiamtes	93
a) Keine Anhörung des Europäischen Parlaments durch den Rat der Europäischen Union	93
b) Materielle Berücksichtigung der vom europäischen Parlament vorgebrachten Einwände?	95
c) Konsequenzen aus dem Formverstoß	96
(1) Mitwirkung der mitgliedstaatlichen Parlamente als demokratischer Legitimationsfaktor	96
(2) Fehlende Konsequenzen fehlender mitgliedstaatlicher Verfahrenskontrolle	98
2. Kontrolle Europol's durch das Europäische Parlament nach Inkrafttreten der EPK	99
D. Übereinstimmung mit allgemeinen Rechtsgrundsätzen	101
1. Gesetzmäßigkeit hoheitlichen Handelns	101
a) Bestimmtheit	102
b) Übereinstimmung der Durchführungsbestimmungen mit der EPK	103
2. Rechtsklarheit in der EPK?	104
3. Grundsatz der Erforderlichkeit	107
a) Stufung der Erforderlichkeit nach der EPK	107
b) Erforderlichkeit nach den Durchführungsbestimmungen	109
4. Subsidiarität	111
E. Unionsrechtlicher Grundrechtsschutz	112
1. Grundrechte der EMRK als allgemeine Rechtsgrundsätze	113
a) Größere Flexibilität der Grundsätze-Rechtsprechung als Vor- und Nachteil für den unionsrechtlichen Grundrechtsschutz	114
b) Unionsspezifische Ausgestaltung des EMRK-Schutzes	115
c) Schutz der EMRK in den Bereichen Justiz und Inneres	116
(1) Umfang der Einbeziehung	118
(2) Verbindlichkeit der Vorgaben des EUV für Europol	118
2. Bindung an die Europäische Menschenrechtskonvention über das Völkerrecht	119
F. Bewertung und Zusammenfassung	120
IV. Konkrete Grundrechtsbeeinträchtigungen auf europarechtlicher Ebene	123
A. Die vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes	123
B. Ein Europäisches Grundrecht auf innere Sicherheit?	125

C. Artikel 8 EMRK	128
1. Zum Schutzbereich des Art. 8 Abs. 1 »Privatleben« EMRK	129
a) Die DSRL als Konkretisierung des Art. 8 EMRK	130
b) Datenschutz durch die Empfehlung R (87) Nr. 15 – Zur Auslegung des Art. 14 EPK	132
(1) Zum Verbindlichkeitsgrad der Empfehlung Nr. R (87) 15	133
(2) Einzelne Datenschutz – Standards nach der Empfehlung	137
c) Minimalstandard Europäische Datenschutzkonvention 1981	140
2. Beeinträchtigungen des Schutzbereiches und ihre Rechtfertigung	142
D. Zur Übereinstimmung der EPK mit den Verfahrensgarantien aus Artikel 6 EMRK	143
1. Schutzbereich des Art. 6 EMRK	143
a) Keine Einbeziehung der polizeilichen Datenverarbei- tung in den Schutzbereich des Art. 6 EMRK	144
b) Verstoss gegen Art. 6 EMRK wegen unzureichender Ausgestaltung des Rechtsschutzes nach Art. 19 und 24 EPK?	145
c) Fair trial	149
E. Sonstige Menschenrechte der EMRK	150
F. Bewertung und Zusammenfassung	151
V. Zur Verfassungsmäßigkeit des Zustimmungsgesetzes zur Europol-Konvention	153
A. Die Europol-Konvention als Bestandteil der unionsspezi- fischen Integration	156
B. Ermächtigung zur Übertragung von Hoheitsrechten und Struktursicherungsklausel	157
1. Demokratische »Grundsätze« und rechtsstaatliche »Grundsätze« oder »demokratischer Grundsatz« und »rechtsstaatlicher Grundsatz«? Die Struktursicherungs- klausel als visionsloser Versuch eines Bestandsschutzes	158
2. Ermächtigungen zur Übertragung von Hoheitsrechten nach der Verfassungsordnung anderer Mitgliedstaaten	163
3. Folgerungen: Rechtmäßigkeitsbedingungen für das Europol-Übereinkommen	164

a) Wählbarkeit der Entscheidungsträger	164
b) Gewaltenteilung	166
c) Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und Rechtsprechung	167
(1) Über den Wesentlichkeitsgrundsatz	167
(2) Keine hinreichende Normenklarheit in der EPK	172
C. Gewährleistung eines im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutzes	175
1. Begriff der Vergleichbarkeit im wesentlichen	175
a) Solange-Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	176
b) Folgerung: Gewährleistung der Einzelverbürgungen als Voraussetzung für einen vergleichbaren Grundrechtsschutz	177
2. Einzelverbürgungen	178
a) Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung als Ausprägung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	178
(1) Allgemeines Persönlichkeitsrecht als eigenständiges Grundrecht	179
(2) Verstärkung der Schutzbedürftigkeit durch andere Ausprägungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechtes	180
(3) Beispiele für erhebliche Beeinträchtigungen des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung in der EPK	181
(4) Schwächen in der verfahrensmäßigen Ausgestaltung	182
(a) Benachrichtigungs- und Auskunftspflichten	183
(b) Grundsatz der Zweckbindung und Kennzeichnungspflicht	184
b) Rechtsschutzgarantie und sinnverwandte Sicherungen individuellen Rechtsschutzes	188
(1) Rechtsschutz gegen Normsetzung	189
(2) Rechtsschutz gegen die Anwendung der EPK	192
D. Bewertung und Zusammenfassung	196
VI. Schluss	199
A. Zusammenfassende Bewertung	199
B. Mindestanforderungen an ein rechtsstaatliches Europol	204
1. Beachtung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie	205
2. Wahrung subjektiver Rechte	206

3. Ausblick	209
-------------	-----

Literaturverzeichnis	211
----------------------	-----